

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

1978 - EIN HARTER UND ZÄHER KAMPF

60 pf
Nr. 27
JAN/FEB
1978

OBWOHL DIE REGIERUNG DEN UNTERNEHMERN BEREITS MILLIARDEN IN DEN RACHEN GESCHMISSEN HAT, IST ES IMMER NOCH NICHT GELUNGEN, BEI DEN KAPITALISTEN DAS VERTRAUEN IN IHRE EIGENE WIRTSCHAFTSORDNUNG WIEDER ZU STÄRKEN. DIE KRISE DES KAPITALISTISCHEN SYSTEMS IST ZUM ALLTAG GEWORDEN.

Die Wirtschaft stagniert weiter vor sich hin. Mit über 1 Million offiziell registrierten Arbeitslosen fing das neue Jahr 1978 an. In einzelnen Industriebereichen wie Stahl, Eisen, Kohle und Chemie stehen umfangreiche Massenentlassungen bevor. Ganze Regionen, die einseitig von diesen Industriezweigen abhängig sind, drohen zu veröden. Die angekündigten Massenentlassungen beim Stahlwerk "Röchling Burbach treiben die Arbeitslosigkeit an der Saar weiter in die Höhe und machen das Saargebiet zu einem Armenhaus in der BRD. Nicht zuletzt sind auch die Sozialleistungen und Renten in Gefahr.

ANGRIFFE

Es geht wieder einmal um den nackten Profit, denn um ihre Profite abzusichern und wieder zu steigern, müssen die Kapitalisten die Errungenschaften der Arbeiterklasse im sozialen wie im Lohnbereich angreifen. Die Unternehmer wollen die Kosten der Arbeitskraft senken. Darum führen sie gegenwärtig eine solche massive Kampagne gegen die Gewerkschaften in Zeitungen, Zeitschriften, über Rundfunk und Fernsehen und über ihre eigenen schmutzigen Informationsmittel. Die Unternehmer wissen ganz genau, sie müssen die Gewerkschaften und deren Führung unter Druck setzen, sie müssen die Arbeiterklasse spalten und demoralisieren um letzten Endes die Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten abzubauen, um so ihre Profite in die Höhe zu treiben. Die letzten Gewerkschaftstage haben gezeigt, mit welcher Entschlossenheit mehr und mehr aktive Kollegen daran gehen, Probleme wie Arbeitslosigkeit, Rationalisierung, Angriff auf Sozialversicherung und Reallohn und allgemeine wirtschaftliche Fragen aufzugreifen und im ihren Sinn zu lösen. Die Kollegen von der IG-Mettal fordern die 35 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Kollegen von der IG-Druck und Papier führen gegenwärtig einen harten und zähen Kampf gegen Entlassungen und für die Aufrechter-

Die Unternehmer...



...und die Tarifverhandlungen

haltung der Arbeitsplätze. Der Vertrauenskörper der von Massenentlassungen bedrohten Kollegen bei "Röchling Burbach" stellte die Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie auf. In hunderten Betrieben werden wiederum die Forderungen für die jetzt laufende Tarifrunde aufgestellt und dabei wird in nicht wenigen Fällen weit über 10% Lohnerhöhung gefordert. Auf Gewerkschaftsschulungen und Seminaren fragen sich mehr und mehr Kollegen, wie es nun weiter gehen soll.

REFORMEN

- wo sind sie geblieben?

Viele Kollegen haben 1972 aktiv die SPD unterstützt und gehofft, daß nun endlich grundlegende Verbesserungen im Alltagsleben der Arbeiter anstehen würden. Die Bundesregierung hat so gut wie alle dieser alten Reformforderungen aus dem SPD-Programm von 1972 fallen gelassen. Doch viele Forderungen werden weiterhin von den Gewerkschaften aufrechterhalten. Aber wie wir diese Forderungen durch-

setzen sollen, ohne dem Kapitalismus weh zu tun, darauf sind uns unsere Gewerkschaftsführer eine Antwort schuldig geblieben. Nur mit kämpferischen Gewerkschaften, die sich auf eine mobilisierte Mitgliedschaft stützen, wird es uns gelingen, die Angriffe der Kapitalisten in den nächsten Monaten abzuwehren und gleichzeitig von uns aus in die Offensive zu gehen. Die Gewerkschaften sollten sich nicht nur als Lohnmaschinerie verstehen, sondern sie sollten jetzt anfangen, ihre Mitgliedschaft zu mobilisieren für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken, für eine demokratisch geplante Wirtschaft und für Arbeiterkontrolle und -verwaltung auf allen Ebenen. In den nächsten Monaten stehen einige Landeskongressen des DGB an und im Sommer dann schließlich der DGB-Bundeskongress. Von diesen Kongressen können Signale auf die gesamte Arbeiterklasse ausgehen.

FORTSETZUNG
SEITE 3

Kampffonds:

Es kommt auf jeden an!

Auch für uns wird es in diesem Jahr einen harten und zähen Kampf geben. Denn wir brauchen Eure Hilfe, die Hilfe der Leser dieser Zeitung, um VORAN noch besser gestalten zu können. Seit einem Jahr haben wir jetzt damit begonnen, durch unseren Kampffonds kontinuierlich Spenden für VORAN zu sammeln. Viele kleine und größere Beträge sind seitdem bei uns eingetroffen. Wir möchten an dieser Stelle allen Lesern für ihre Spendenfreudigkeit und Opferbereitschaft danken! Skeptiker haben uns oft gesagt, Arbeiter, Hausfrauen und Schüler hätten für sowas kein Geld übrig. Doch unsere Erfahrungen beweisen genau das Gegenteil. Es waren gerade Arbeiter, die uns z. B. beim Verkauf vor Fabrikoren eine Mark in die Hand drückten und kein Wechselgeld zurückhaben wollten. Es waren Schüler, die durch Einfallsreichtum -Versteigerungen, Wett-Fasten, Roh-Essen u. ä. - eine Spende nach der anderen zusammentrugten und uns überwies. Von den 5,-DM eines Metallers über die 10,-DM einer Hausfrau, die 20,-DM einer Juso-Arbeitsgemeinschaft bis hin zu den 100,-DM eines Arbeitslosen aus den Mitteln eines gewonnen Rechtsstreits sind alle Gelder von Kollegen und Genossen eingegangen, die wahrlich nicht mit großen Reichtümern gesegnet sind! Auf diese Spenden sind wir jetzt auch mehr denn je angewiesen. Denn trotz dieser Spendenbereitschaft sind die Eingänge doch hinter den Erwartungen zurückgeblieben!

FORTSETZUNG SEITE 2/3

ARTIKEL ÜBER

Krise und Ursachen.....	S. 2
Kampffonds.....	S. 2+3
Jahresrückblick 1977.....	S. 4+5
SPD und Kapital.....	S. 5
Portugal.....	S. 6
Kapp-Putsch (Teil 2).....	S. 7
Arbeitsunfälle.....	S. 7
Interview.....	S. 8

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!
Überregionale marxistische Zeitung für
SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen
H. G. Öfinger Nr. 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans - Gerd Öfinger

Druck: Gegendruck Essen

POULLAIN

Ludwig Poullain, gefeierter Chef der Westdeutschen Landesbank (West LB) in Nordrhein-Westfalen, in dessen weltweit gespanntem Finanzreich die Sonne nicht unterging, mußte kurz vor Weihnachten 1977 den Hut nehmen. Grund: gegen ihn laufen Ermittlungen wegen "passiver Bestechung im Amt".

Sein bisher dickster Klops: Ein Beratervertrag in Millionenhöhe mit dem Finanzmakler Franz-Josef Schmidt, der inzwischen wegen Verdachts auf betrügerischen Konkurs hinter Gittern sitzt. In den Unterlagen des Maklers wurde eine Quittung über eine Million DM gefunden, ausgezahlt an Poullain für ihm vermittelte Kredite der West LB.

Doch dies dürfte nicht der einzige Fehltritt des großen Bankiers sein. Eine vom Landesfinanzminister Halstenberg eingesetzte Prüfungskommission soll weitere belastendes Material ans Tageslicht befördert haben. Der "Spiegel" berichtete kürzlich von Grundstücksgeschäften, die Poullain zu Vorzugspreisen in den Besitz eines der letzten verfügbaren Grundstücke nahe am Münsteraner Au-See brachten. Dabei konnten sich aber auch die regelmäßigen Einkünfte des Herrn Poullain durchaus sehen lassen. 340 000 DM Grundgehalt, 140 000 DM Tantiemen, 300 000 DM auf über 20 Aufsichtsratsposten von Mannesmann bis Krupp, von kleineren Annehmlichkeiten wie Dienstwagen und Privat-Jet ganz zu schweigen.

Der breiten Masse der Arbeiter und Angestellten wird schon seit Jahren gepredigt, daß Lohnzurückhaltung unumgänglich sei. Nicht so bei Poullain: Ihm wurde noch 1977 eine 'Lohnerhöhung' von 14% bewilligt, womit sein Jahreseinkommen von der Bank auf 570 000 DM anstieg. Im Gegensatz zur Masse der Rentner kann Poullain jetzt auch einem ruhigen Lebensabend entgehen: Ab 1. 1. 79 hat er Anspruch auf eine Pension von 285 000 DM im Jahr. Dies alles bezahlen durch unsere Steuern wir, die arbeitende Bevölkerung. Doch sattgekriegt haben wir ihn immer noch nicht. Auf dem Höhepunkt seiner Karriere sagte er über seine Tätigkeit: "So ein Job für so wenig Geld!" Während Millionen von Arbeitnehmerfamilien mit jedem Marktstück und jedem Groschen rechnen müssen, kriegen diese Schmarotzer den Hals nicht voll.

Der Fall Poullain hat jedoch auch ein beachtliches Licht auf die Aufsichtsverhältnisse staatlicher Banken geworfen. Als sozusagen "hauseigene" Bank des Landes Nordrhein-Westfalen sitzen nämlich Minister der SPD-geführten Landesregierung im Verwaltungsrat der West LB.

Das Finanzministerium unter Halstenberg ist für die Aufsicht der Bank zuständig. Nachdem erst keiner im Kabinett etwas von den Machenschaften des Herrn Poullain gewußt haben wollte, scheint die Wahrheit Stück für Stück ans Licht zu kommen. Finanzminister Halstenberg wußte bereits seit längerem über die staatsanwaltlichen Ermittlungen bescheid. Trotzdem stimmte er am 2. Dezember einer Verlängerung des Vertrages mit Poullain um weitere fünf Jahre zu, wodurch dieser jetzt fünf Jahre lang Anspruch auf seine Bezüge hat. Das kostet uns Steuerzahler wieder Millionen.

Viele SPD-Mitglieder wollen jetzt sicher wissen, was gespielt wird. Denn sie wissen: Solche Dinge sind ein gefundenes Fressen für die CDU/CSU und ihre Helfershelfer, um die SPD durch den Schmutz zu ziehen. Die volle Wahrheit muß ans Licht. Denn schließlich sind die Mitglieder der SPD in den Regierungen und Parlamenten zu nichts anderem da, als die Belange der Arbeiter und Angestellten zu vertreten.

BIST DU WIRKLICH DARAN SCHULD?

- zur Krise und ihren Ursachen

Greg Powell

Hinter ihren mit Frost gefrorenen Fenstern fangen viele an, sich ernsthafte Gedanken darüber zu machen, wie es denn überhaupt weitergehen soll. Oft reicht das Geld vorne und hinten nicht mehr aus. Erhöhte Beträge auf allen Seiten, Preissteigerungen in den Supermärkten, demnächst sollen die Fahrpreise zum zigten Mal wieder angehoben werden. Die Unternehmer scheuen wegen den zu hohen Lohnforderungen der Gewerkschaften die Tarifrunde. Für viele Kollegen ist das unverständlich, wenn man sieht, wie die Lohnerhöhungen ständig hinter allen anderen Dingen stecken bleiben. Sie werden tagtäglich aufgefordert, für eine Krise zu bezahlen, ohne daß ihnen handfeste Argumente geliefert werden über die wirtschaftliche Lage und die Ursache der Krise.

Wenn wir uns doch die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der letzten Jahre genauer anschauen, sieht es ganz anders aus. Nach dem größten Aufschwung seiner Geschichte - im Rahmen eines weltweiten Aufschwungs gelang es dem Kapitalismus in der BRD den Arbeitern und ihren Familien einen relativ hohen Lebensstandard zu garantieren. Obwohl er auch nur auf Kosten des bisherigen niedrigeren Lebensstandards aufgebaut war, sowie durch Faktoren wie enorme finanzielle Hilfen aus den USA, billige Arbeitskräfte aus südeuropäischen Ländern und gleichzeitige Fachkräfte aus der ehemaligen Sowjetischen Zone, wurde es eifrig aufgegriffen als Beispiel dafür, daß man den Sozialismus nicht brauche und daß der Kapitalismus den Klassenkampf beseitigt hätte. Selbst sogenannte Sozialisten litten unter dieser Illusion, es würde ab sofort nur bergauf gehen. Der SPD-Spitze gelang es dann 1959, im Godesberger Programm einige dieser Konzepte festzuhalten. Aktive Parteimitglieder können feststellen, in wie fern das Programm verwirklicht worden ist.

Wendepunkt

1973/74 zeichnete sich eine bedeutende Wende in der Nachkriegsgeschichte ab: die erste weltweite Rezession. Überall tauchten die alten Probleme des Kapitalismus auf - Arbeitslosigkeit, Inflation, Investitionsschwund usw. Selbst die Jahre danach, die üblicherweise zum Aufschwung hätten führen müssen, sind lediglich gekennzeichnet durch einen noch weiteren Vertrauensverlust der Herrschenden in ihr System. Jahrelang war die Bundesrepublik Modell für ausländische Beobachter, wie die "soziale" Marktwirtschaft funktionieren könnte.



Die Produktionsauslastung der bundesdeutschen Industrie ist in der letzten Zeit gesunken. Ein Zeichen für die Ernsthaftigkeit ist die Entwicklung in der Stahlindustrie.

Eine Ausweitung der Industrieanlagen setzt eine gesunde anwachsende Stahlindustrie voraus. Doch gerade da kriselt es mitunter am schlimmsten. Panikartig bemühen sich die Außenminister der EG-Staaten einen Plan zur Überwindung der europäischen Stahlkrise zu erarbeiten. Es wird von "Sanierungen" auf europäischer Ebene geredet. Was heißt das für die Kollegen?

Entlassungen

Die Hager Stahlarbeiter Klöckners wissen die Frage zu beantworten: Entlassungen, damit man Lohnkosten spart und eventuell investieren kann. Das Klöckner-Werk Haspe in Hagen hat bereits 5 000 Arbeitsplätze verschwinden lassen, jetzt sollen zusätzlich 200 entlassen werden. Dauerarbeitslosigkeit ist zur Begleiterscheinung dieses Systems geworden. Offiziell lagen die Zahlen bei etwas über einer Million, in der Tat sind sie jedoch viel höher. Tausende von nicht angemeldeten Schülern, Hausfrauen, "Gastarbeitern", usw. erhöhen die Arbeitslosenzahlen auf zumindest zwei Millionen. Doch im Aufschwung merkte man nicht die widersprüchlichen Prozesse, die ein solcher Aufwärtstrend mit sich zog. Denn erhöhte Investitionen bedeuten, daß der Geldaufwand für Maschinen, Anlagen, usw. (Marx nannte es "konstantes Kapital") sich gegenüber den Geldausgaben für Löhne, Gehälter, usw. ("variables Kapital") erhöht. Also bedeutet die

FDP: PARTNER DES KAPITALS

Alljährlich im November veröffentlichen die Parteien ihre Spendenkonten. Wie im Vorjahr so war auch 1976 wieder klar abzulesen, wozu das dicke Geld hauptsächlich geflossen ist: auf die Konten der CDU und CSU. So wurden von der Bayerischen Staatsbürgerlichen Vereinigung über 4 Millionen DM der CSU gutgeschrieben, ähnliche "staatsbürgerliche" Sammelstellen für üppige Spenden haben beispielsweise auch in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen ihre Dienste geleistet. Aber offensichtlich reicht es diesen Herren nicht aus, 'nur' für die Unionsparteien ihr Geld anzulegen. Denn sonst käme es nicht dazu, daß eben diese Stellen ganz beachtliche Beträge auch an die FDP überwiesen haben. So erhielt diese Partei unter anderem folgende Überweisungen:

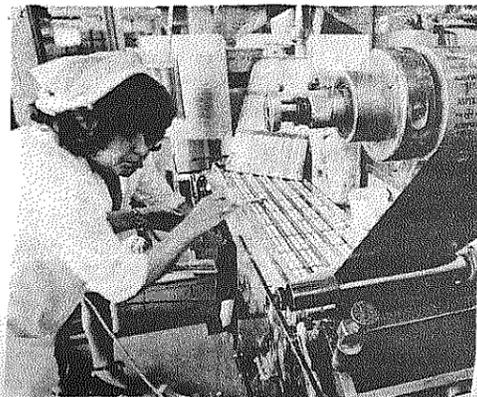
Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung: 4 064 300 DM
Staatsbürgerliche Vereinigung Niedersachsen: 160 000 DM
Staatsbürgerliche Vereinigung Bremen: 24 000 DM

So kommt die Frankfurter Allgemeine (29. 11. 77) zu dem Schluß, daß die "FDP finanziell mehr mit der CDU und CSU gemeinsam" habe als mit der SPD. Richtig, aber das ist noch nicht alles. Denn: Wes Geld ich hab, des Lied sing ich.

Erhöhung der Investitionen eine verhältnismäßig kleinere Wachstumsrate des Profits. Zwar stieg der Profit in den letzten Jahren noch an, im Vergleich zum eingesetzten Kapital war die Steigerung doch immer weniger. Dies ist ein grundsätzlicher Widerspruch aller kapitalistischen Wirtschaftsordnungen, denn der Kapitalist ist eigentlich nur so lange an Produktionssteigerungen interessiert, wie sie seine Profitrate (nicht nur die Profitmenge) erhöhen. Das sieht jetzt in der BRD so aus: Die Profitrate ist seit 1970/71 ständig abgesunken. Den deutschen Kapitalisten sind ihre eigenen Arbeiter zu teuer geworden. Obwohl sie bisher immer durch den erhöhten Lebensstandard der deutschen Arbeiter die grenzenlosen Möglichkeiten des Kapitalismus beweisen wollten.

In der Tarifrunde

Die fünf "Weisen" mahnen zu Forderungen unter 5 und eher 4% in der Tarifrunde. Die SPD/FDP-Regierung macht dadurch mit, daß sie auch die Krise durch höhere Austragung auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung lösen will: Was bedeuten sonst die Kürzungen im sozialen Bereich, die anstehenden Fahrpreiserhöhungen der Bahn, und in einigen Städten auch der Busse? Mit heuchlerischen Tränen in den Augen schaut die Unternehmerschaft auf die britischen Inseln, die sie plötzlich - trotz Streiks - zu zahlreichen Investitionen anreizt. Diejenigen, die ständig von den "nationalen Interessen" reden, lassen die einheimische Industrie überaltern, in einigen Branchen bis zu 14 Jahren.



Die BRD ist dabei, ihren Griff auf den Auslandsmärkten zu verlieren. Früher haben die deutschen Kapitalisten davon profitiert, daß sie viel in die Industrie investiert hatten. Mit anfänglich relativ niedrigen Lohnstückkosten sowie weltweit riesigen Marktlücken war es der westdeutschen Industrie gelungen, ihren Exportanteil in einigen Bereichen bis sogar über 50% zu erhöhen.

Fortsetzung von S.1

So hatten wir z. B. gehofft, bis Mitte '77 über die Deckung der laufenden Kosten hinaus ca. 2.000,-DM für größere Anschaffungen angespart zu haben. Dies ist jedoch erst Ende des Jahres gelungen. Umso erfreulicher ist es, daß sich eine Reihe von Lesern und Anhängern bereit erklärt haben, in ihrer Umgebung - Juso-AG, Gewerkschaft, SPD, Kollegen- und Bekanntenkreis - für ein regelmäßiges Spendenaufkommen zu sorgen.

Kampffonds - Helfer

Diese Kampffonds-Helfer werden damit eine wichtige Stütze für unsere Zeitung sein, denn ohne solide finanzielle Grundlage können wir VORAN nicht erweitern und ausbauen. Wir würden uns freuen, wenn noch mehr Leser diesem Beispiel folgen und sich als Kampffonds-Helfer bei uns melden würden. Denn es genügt nicht nur, die Zeitung zu lesen und gut zu finden. Wer VORAN inhaltlich unterstützt, sollte auch für ihre Verbreitung sorgen, sei es, indem er mehrere Exemplare weiterverkauft, sei es durch eigene Spenden oder Sammlungen bei Bekannten. Jeder Pfennig, jede Mark helfen uns weiter! Und wo könnte man sein Geld besser anlegen als bei einer marxistischen Zeitung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, einen Beitrag im Kampf für eine bessere Gesellschaftsordnung zu leisten und sozialistische Forderungen wieder auf die Tagesordnung zu setzen? Für das neue Jahr haben wir uns - bestärkt durch Briefe und Anrufe unserer Leser - viel vorgenommen. Langfristig ist es natürlich unser Ziel, die Zeitung zu vergrößern (auf 12 oder 16 Seiten), sie wöchentlich herauszubringen und letztlich auch mit eigenen Druckerei-Anlagen herzustellen. Doch bis dahin steht sicher noch ein ganzes Stück Arbeit vor uns.

briefe

LESER

Noch 'mal bitte

Liebe VORAN!

Endlich ein Artikel über Mikroelemente. Die unmittelbar bevorstehende "dritte industrielle Revolution". Ein hochbrisantes Thema, das für die meisten Medien keins ist. Bezeichnend, daß darüber so hartnäckig geschwiegen wird! Für Arbeitgeber läuft die Entwicklung unter dem Stichwort: Rationalisierung, oder sogar Humanisierung der Arbeit, weil monotone Routinearbeit wegfällt. Für Arbeitnehmer muß die Einführung von diesen Mikroelementen zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit führen. Von dieser Arbeitslosigkeit werden vor allen Frauen betroffen sein. Euer Artikel ist gut, richtig und wichtig. Warum aber ist er so kurz und erst auf Seite 7? Bringt bald einen zweiten Artikel mit vielleicht noch mehr Fakten und in dem die Gefahr ganz eindringlich dargestellt ist.

ROSIE HIPPE, Frankfurt

WIR BITTEN ZU ENTSCHULDIGEN, DASS DIE ZEITUNG WEGEN DER FEIERTAGE ETWAS SPÄTER ERSCHEINT. DIE REDAKTION

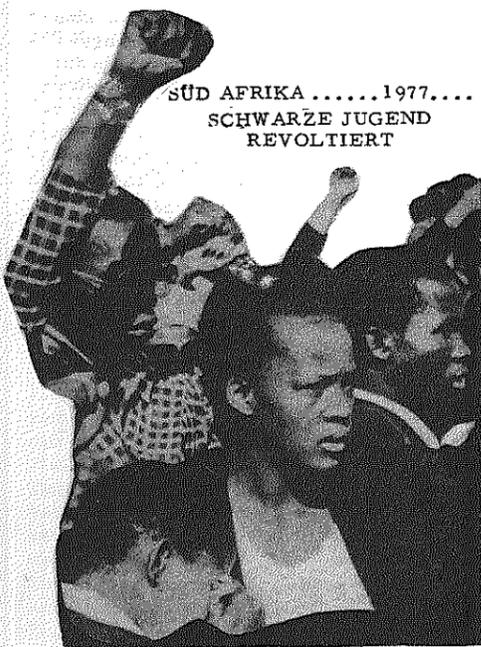
1977-die Welt in Unruhe. Es ist eine alte Tradition sich immer zum Jahreswechsel viel Glück, Frieden und Wohlstand zu wünschen. Aber wenn man sich vor Augen führt, was 1977 alles auf der Welt passiert ist, so bleibt für das neue Jahr wenig Hoffnung.

Politisch betrachtet war 1977 ein Jahr der Unruhe und der Unsicherheit in den kapitalistischen Ländern. Die britische bürgerliche Zeitung "The Times" wagte sogar die Voraussage, das 1978 das Europäische Krisenjahr sein wird. "Westeuropa ist zu einer Gemeinschaft geworden, in der die einzelnen Partner selbst an ihren eigenen Problemen und Schwierigkeiten leiden. In Italien, Frankreich und selbst der Bundesrepublik Deutschland wächst die Angst vor der Zukunft".

Diese Angst ist verständlich, denn trotz aller Versprechungen und Zusicherungen, daß 1977 und 1978 Jahre des Aufschwungs sein werden, daß sich in diesen Jahren der Welthandel von der Krise 1974/75 erholen würde, dies ist alles nicht eingetreten. In der Tat steckt der internationale Kapitalismus nunmehr schon seit 4 Jahren in der Krise. Der Welthandel hat sich Jahr um Jahr um je 1,5% verringert und die Wachstumsraten betragen nur noch ganze 3% pro Jahr. Man vergleiche diese Zahlen mit denen der 50er und 60er Jahre, einer Zeit, wo der Kapitalismus seine größte Ausdehnung in der ganzen Geschichte durchmachte. Und wo mit riesigen Kapitalströmen die Volkswirtschaft in der BRD, in Japan und in USA eine führende Rolle einnahm. In dieser Zeit lag das jährliche Wirtschaftswachstum zwischen 5 und 10% und erlebte der Welthandel im Gegensatz zu früher und zu jetzt unvorstellbare Ausmaße. Der Welthandel hat sich nicht mehr von der 1973 einsetzenden Krise erholt und in jeder nationalen Wirtschaft der westlichen Welt sahen wir einen Rückgang der Investitionen, wachsende Arbeitslosigkeit, fallende Profitraten und Inflation.

Wirtschaft und Wachstum

Heute sind über 15 Mio. Menschen in der kapitalistischen Welt arbeitslos, die Hälfte von ihnen unter 30 Jahren. 1977 sollte nach dem Willen der Kapitalisten ein internationaler wirtschaftlicher Aufschwung einsetzen, sollten Investitionen und Welthandel wieder spürbar wachsen. Im Juni 1977 stellte die internationale kapitalistische Vereinigung OECD für ihre 24 Mitgliedsländer eine Wachstumsrate von 5% in Aussicht. Daraus wurden dann schließlich nur ganze 3%. In den



SÜD AFRIKA 1977.....
SCHWARZE JUGEND
REVOLTIERT



BEIRUT.....1977.....

1977: Welt in Unruhe

zu machen. Denn sie haben es immer schwerer sich vor einer immer wütender werdenden Arbeiterklasse zu rechtfertigen. In den Ostblockländern, wo der industrielle Reichtum bereits in Staatshänden ist, sehen die Arbeiter absolut keinen Grund für Preissteigerungen und Mangel an lebenswichtigen Gütern. Polen, das schon in den Jahren 1970/71 und 1976 im Zeichen schwerer Auseinandersetzungen und Kämpfe der Arbeiter stand, war auch im vergangenen Jahr Schauplatz von Aktionen, z. B. die der Bergarbeiter, der Hafnarbeiter und anderer Industriearbeiter. Auch aus der oberflächlich betrachteten, so ruhigen DDR gab es zunehmend Berichte über Unruhen in der Bevölkerung, Spontane Demonstrationen und Streiks in einzelnen Betrieben. Die sich verschlechternden Lebensbedingungen der Arbeiter in den osteuropäischen Ländern unterstreichen in aller Schärfe die Notwendigkeit politischer Änderungen in diesen Ländern und haben gleichzeitig offen den Bankrott und die Unfähigkeit der Bürokratie bloßgestellt, einer Bürokratie, die sich wie ein riesiger Schmarotzer über die Gesellschaft erhoben hat und von den Früchten der Arbeit der Arbeiterklasse lebt.

Streiks und Protestkundgebungen

Im nahen Osten haben die Großmächte ihre Finger weiterhin mit im Spiel, aber sie haben ihre Nahostpolitik weitgehend geändert, hauptsächlich wegen der großen

Stürme und Spannungen innerhalb der arabischen Welt und ebenso innerhalb von Israel selbst. Massive Streiks und Protestkundgebungen in den ägyptischen Industriezentren haben Sadat zutiefst verunsichert und ihn gezwungen, wenigstens außenpolitisch Erfolge vorzuweisen und so kam es, daß aus Streitigkeiten plötzlich gutmütige Glücken wurden, die sich vertragen. Was werden wohl die Soldatenwitwen aus Ägypten und Israel denken, wenn die früheren Kriegsführer sich plötzlich umarmen und der Welt für 1978 Frieden wünschen?

Die größte Angst hat der amerikanische Kapitalismus nicht vor dem einen oder anderen Land, sondern davor, daß die ägyptische Arbeiterklasse nicht nur die Politik des alten Nassers beleben will, sondern, daß sie um die Macht kämpfen wird. Einderartiger Kampf würde die bisherigen Konflikte im Nahen Osten als geradezu gering erscheinen lassen und er würde dazu beitragen, daß die Massen in der arabischen Welt sich vereinigen. Viele arabische Arbeiter und Bauern haben bereits den Weg zum Sozialismus eingeschlagen, jedenfalls kann es keinen Frieden im Nahen Osten geben oder auch innerhalb der arabischen Länder selbst, solange Großgrundbesitz und Kapitalismus weiterhin die Politik bestimmen. Dies gilt grundsätzlich für die gesamte dritte Welt, die vom Kapitalismus in noch schlimmeres Elend gestürzt worden ist. Die Arbeiter, aber besonders die Bauern dieser Länder tragen eine für uns unvorstellbare Last auf ihre Schultern, aber sie haben gleichzeitig eine unheimliche Entschlossenheit an den Tag gelegt, immer wieder versucht, die Last des Kapitalismus und des Imperialismus abzuschütten.

Reaktion Erschüttert

So sind viele reaktionäre Regimes in der dritten Welt im vergangenen Jahr erschüttert worden. In Indien wurde die Regierung Gandhi gestürzt, aber die Zukunft der indischen Arbeiterbewegung und der indischen Gesellschaft insgesamt ist noch nicht entschieden.

Wo man auch hinblickt, 1977 gab es überall riesige Kämpfe und Anzeichen für weitere und noch viel schärfere zukünftige Kämpfe kann man auch überall feststellen.

Ein weiteres wichtiges Gebiet der Welt für die Strategen des Kapitals wie auch der "Kommunisten", ist Südafrika.

Dort sitzt das Apartheidregime Vorster sozusagen auf einem heißen Vulkan, einem Vulkan der Bitterkeit und der Verärgerung seitens der schwarzen Arbeiterklasse und die zukünftige Explosion in Südafrika wird auf dem ganzen afrikanischen Kontinent wiederhall finden.

Für die Kapitalisten im Westen und die Bürokraten im Osten war 1977 wie ein einziger, endloser Alptraum. Kein Wunder, daß Willy Brandt bei der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Tokio die Nationen der Welt zusammenarbeiten. Denn sonst "Könnte die Welt in einen beispiellosen sozialen Krieg hineingezogen werden" (19.12.77 Die Welt) Willy Brandt hat schon vor einiger Zeit diese pessimistische Ansicht vertreten. Er meinte 1974, daß Westeuropa in den nächsten 10-20 Jahren vor der Wahl zwischen Kommunismus oder Faschismus stehe. Schon 1970 sprach der damalige britische Ministerpräsident Heath vor den Vereinten Nationen die Warnung aus, daß die einzelnen Nationen nicht so sehr vor Kriegen gegeneinander stehen würden, sondern vor Kriegen innerhalb der Nationen, mit anderen Worten: Bürgerkriegen zwischen den Klassen.

Südeuropa entflammt

Die gesamte Welt hat mit Angst und Spannung die Ereignisse auf der Iberischen Halbinsel verfolgt, wo trotz der Bremsversuche der "sozialistischen" und "kommunistischen" Parteiführer Streiks und Protestkundgebungen aufgeflammt sind und wo der Kapitalismus sich als unfähig erwiesen hat eine wirtschaftliche und politische Lösung zu finden auf die wachsende Unruhe, die angesichts der Inflation, Lohnkürzungen und Arbeitslosigkeit in der Arbeiterklasse aufkommt. In Portugal hatte schon in einer früheren Phase der Revolution, 1975, die Arbeiterklasse die Verstaatlichung von weit über 60% der portugiesischen Wirtschaft erzwungen. Auch in Spanien rufen angesichts einer Inflationsrate von zwischen 25 und 30% und Lohnbegrenzungen immer mehr Arbeiter nach einer sozialistischen Alternative. Die politischen Parteien der Arbeiterklasse und selbst die offiziellen Gewerkschaftsführer haben die Politik der rechten und kapitalistischen Regierung unterstützt. Es klingt wie ein Witz, ist aber wahr: Unter der "Demokratie" von Suarez haben die spanischen Arbeiter weniger Lohnerhöhungen erkämpft als unter der alten Franco - Diktatur. Dies haben die Arbeiter einzig und allein der Haltung ihrer

Partei - und Gewerkschaftsführer zu verdanken.

Italien befindet sich schon seit nunmehr acht Jahren im Aufruhr und auch dort beginnen sich die Arbeiter und die Mitglieder der kommunistischen Partei zu fragen, wie sie mit ihrer eigenen Führung dran sind. Denn auch die scheint nichts Besseres zu tun haben, als den Weg zum Sozialismus zu versperren.

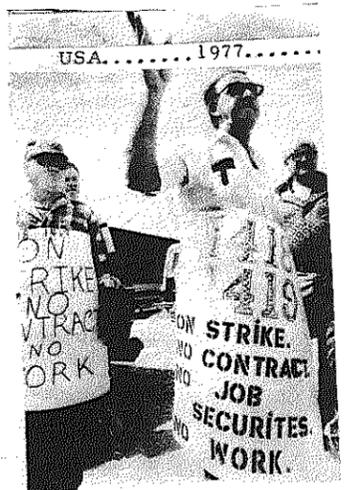
Doch in ganz Europa erzittern die Kapitalisten vor der Kampfbereitschaft der Arbeiter:

In Frankreich erhielt schon 1976 die Linksunion 54% der Stimmen bei den Kommunalwahlen und nur eine Spaltung der Linksunion könnte noch einen Sieg der Arbeiterparteien bei den Wahlen zur Nationalversammlung im März verhindern. Doch die Arbeiter würden auch im Falle des Regierungsantrittes der Linksunion Taten und nicht nur Worte sehen wollen. Sie erwarten einen baldigen und spürbaren Anstieg ihres Lebensstandards und eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Auch in Griechenland hat sich die Wirtschaftskrise in massiven Streiks und Demonstrationen, einem Aufruhr innerhalb der Arbeiterorganisationen und einem erdrutschartigen Gewinn der sozialistischen Partei PASOK bei den Wahlen im November niedergeschlagen.

Gegen eigene Führung

In Großbritannien haben sich nach einer Zeit vorübergehender Ruhe viele Arbeiter, viele Gewerkschafter wieder erhoben und kämpfen um Lohnerhöhungen, gegen die Regierungspolitik und in vielen Fällen sogar gegen ihre eigenen Gewerkschaftsführer. Die Gewerkschaften konnten sehr viele Neuzugänge verzeichnen. Obwohl die Arbeiter bereits übermäßig an Lebensstandard eingebüßt haben, gehen die Arbeitsplätze immer mehr zurück und steigen die Lebensmittelpreise weiterhin.

Auch in Holland war die Arbeiterbewegung aktiv, es gab Generalstreiks im Frühjahr, es ist sicher, daß die neue konservative Regierung wenig Unterstützung innerhalb der Arbeiterklasse genießt und deswegen schwach und nur von kurzer Dauer sein wird.



Streikende Hafnarbeiter in New Orleans

Selbst die stärksten kapitalistischen Länder, wie Schweden, USA und die Bundesrepublik sind von der Krise oder ihren Auswirkungen nicht verschont geblieben.

In Schweden sah sich die Regierung gezwungen, Sozialleistungen zu kürzen und die Währung abzuwerten.

In den Vereinigten Staaten sind 8 Mio. Menschen ohne Arbeit und haben Teile der Arbeiterklasse wie die Bergarbeiter und die Hafnarbeiter an der Ostküste eine fast unbeschreibliche Kampfkraft an den Tag gelegt. Innerhalb der Basis der Gewerkschaften wird der Ruf nach einer Führung, die frei ist von Korruption ist, immer lauter. Die Arbeiter wollen eine Führung, die echt und bedingungslos bereit ist, für die Interessen der Arbeiter zu kämpfen.

Arbeiter in der BRD

In der BRD erklang unter den Stahlarbeitern an der Saar und den Arbeitern bei VW die in beiden Fällen von Massenentlassungen bedroht sind, der Ruf nach einer Verstaatlichung ihrer Industrien. Wenn Arbeiter zu solchen Schlußfolgerungen kommen, zu Schlußfolgerungen, daß sozialistische Maßnahmen notwendig sind, dann wegen der Bedingungen, in denen sie arbeiten und leben und nicht, weil ihnen ihre "Gewerkschafts- oder Parteiführer" irgendeine klare Richtung gegeben haben. Doch dies gilt allgemein, denn anstatt die Krise auszunutzen, um die Notwendigkeit sozialistischer Politik zu unterstreichen, haben die Führer der sozialistischen und komm-

H.G.Öfinger
(Mitglied der SPD
seit 1971)

munistischen Parteien politisch zurückge-
steckt. Diese Parteiführer haben sogar Teil
einer eigenen Mitgliedschaft angegriffen,
die eine wirkliche Alternative zu der Poli-
tik der Kapitulationen vor dem Kapital ge-
sucht hatten. Hierfür kann man nennen:
den Ausschluss des gewählten JUSO-Vorsit-
zenden Benneter, Angriffe auf spanische,
schwedische und britische Jungsozialisten
und die Zerschlagung der französischen Jung-
sozialisten, von denen inzwischen nur noch
karge Überreste übriggeblieben sind, die
fest in der Hand der Parteimaschinerie
stecken

Wer hat Angst?

Die sozialistischen Führer scheinen mehr
Angst vor dem Sozialismus selbst zu haben,
als vor dem Elend von Mio. von Arbeiterfa-
milien und vor der Krise, die letzten Endes
Auswirkungen ihrer Politik sind.
Dasselbe gilt auch für die kommunistischen
Führer. Denn es scheint beispielsweise den
italienischen Kommunisten absolut nur dar-
auf zu sein, Sitze in einer Koalitions-
regierung mit den Christdemokraten zu er-
halten. Dafür sind sie bereit, fast jegliche
Forderungen und Reformziele und auch tat-
sächlichen Verbesserungen für die arbeitende
Bevölkerung zu streichen. Die Führer der
italienischen Kommunistischen Partei ver-
suchen einem klarzumachen, daß man durch
eine Regierungsbeteiligung der Arbeiter-
klasse die Macht allmählich in die Hände ge-
ben könnte.
Dies zeigt nur, daß mehr und mehr die Ar-
beiter in aller Welt die Forderung
aufstellen, daß die Arbeiterklasse die
Wirtschaft in ihre eigenen Hände nimmt.
Auch die Kapitalistenklasse in aller Welt ver-
steht das, aber sie wird nicht tatenlos zusehen
und die Arbeiterklasse alles nach und nach
in ihre Hände nehmen lassen.
In Chile hat die Kapitalistenklasse demen-
tsprechend reagiert, sie hat die Arbeiterklas-
se zerschlagen, doch 1977 fingen die Arbeiter
Chiles wieder an, sich emporzustrecken
und gegen ihre Lebens- und Arbeitsbedin-
gungen zu streiken.
In Argentinien, wo 1976 ein Militärputsch
stattgefunden hatte, haben die Eisenbahner
und die Arbeiter der Kraftwerke gestreikt,
sie haben dadurch einmal die ungeheure
Stärke der Arbeiterklasse gezeigt.
Die Kapitalisten haben vor dem Klassenkampf
mehr Angst als vor allem anderen und sie
werden alles benutzen, was ihnen recht ist-
angefangen von Berufsverboten bis zu Mili-
tärdictaturen, die Arbeiterklasse daran zu
hindern, sich ihren gerechten Anteil am
Wohlstand zunehmen und demokratisch ihre
eigene Zukunft zu bestimmen.

Krokodilstränen

Deshalb sind die Krokodilstränen, die die
Kapitalisten angesichts einzelner Opfer des
Terrorismus verschütten, völlig bedeutungs-
los, aus den Augen einer Kapitalistenklasse,
die immer wieder gezeigt hat, wie sie bereit
ist, mit brutalen Mitteln die Arbeiterklasse
und ihre Kämpfe zu unterdrücken.
Marxisten wissen zu genau, daß Terrorismus
zu nichts führt, als zu Einschränkungen von
verbrieften, garantierten freiheitlichen Rech-
ten gegen Einzelpersonen, wie auch Ein-
schränkungen von Rechten gegen Klassenorga-
nisationen der Arbeiter. Nur die geballte
und koordinierte Kraft der Arbeiterklasse
kann ihnen, ihren Familien und der ganzen
Menschheit einen Ausweg aus der tiefgrei-
fenden Krise aufzeigen. Die zum Himmel
schreienden Widersprüche des Kapitalismus
einerseits und der bürokratisch entarteten
Arbeiterstaaten andererseits verschärfen
sich zusehends. Die herrschenden Klassen
und die Bürokratien der Welt bereiten sich
auf eine Schlacht vor, eine Entscheidungss-
chlacht, die das Schicksal dieses Planeten
bestimmen wird. Aber um das letzte Gefecht
entgeltlich zu gewinnen, braucht die Arbeiter-
klasse in Ost und West ein Programm für
die Arbeiterdemokratie, in einer Gesell-
schaft, die die Arbeiter selbst kontrollieren
Ebenso sehr wie die Arbeiterklasse eine
Führung braucht, die bereit ist und die sich
dafür hergibt, für ein solches Programm zu
kämpfen. Dies ist der einzige Weg, das ein-
zige Programm, sozialistische Programm,
daß gesicherten Frieden, angemessenen Le-
bensstandard und das Ende wirtschaftlicher
und politischer Unterdrückung für immer
und alle Zeiten anbieten kann.

Arbeiter Aller Länder

Vereinigt Euch!

Susan Powell
Jungsozialist UB-Remscheid.



EINFÜHRUNG DER REDAKTION
In Teil 1 unseres Artikels beschrieben wir,
ausgehend vom Hamburger Parteitag, die wi-
dersprüchliche Lage der SPD-Führung:
Einerseits setzen Millionen von Arbeitern
und Anhängern der Partei in sie die Hoffnung
auf eine bessere Zukunft, andererseits steht
jedoch vor allem in Krisenzeiten unsere Par-
teiführung immer wieder unter besonderem
Druck seitens des Kapitals. Die daraus fol-
genden Spannungen sind besonders in der Zeit
zwischen 1918 und 1933 deutlich geworden.
In der Nachkriegszeit schien es durch den
wirtschaftlichen Aufschwung möglich gewor-
den, einen ewigen Burgfrieden mit dem
Kapital abzuschließen. Eine blühende Wirt-
schaft, so lautete die Ansicht, die sich da-
mals durchsetzte, würde es ermöglichen, im-
mer mehr Reformen im Interesse der Arbei-
ter durchzuführen und den Klassenkampf
gänzlich überflüssig zu machen.

Anpassung

In diesem Sinne vollzog die SPD-Führung im-
mer weitere Schritte zur Anpassung an das
kapitalistische System und seinen politischen
Hauptvertreter die CDU/CSU. Es war ange-
sichts dieser Perspektiven von einem immer
aufblühenden Kapitalismus ja auch nur logisch
sich diesen Gegebenheiten anzupassen und im
"Wettstreit mit anderen demokratischen Par-
teien" um ein "Stück Macht" (wie winzig es
auch immer sein mag) zu kämpfen und Kom-
promisse aller Art einzugehen.
Der alte Anspruch auf eine sozialistische Um-
gestaltung wurde im Godesberger Programm
1959 über Bord geworfen zugunsten von recht
schwammigen Formulierungen, die jeder an-
ders auslegen kann, die aber ein Signal dar-
stellten. Zu jener Zeit sprach man von der
SPD als der "besten CDU, die es jemals gab".
Es ist so nicht verwunderlich, daß ein ehema-
liges NSDAP-Mitglied wie Karl Schiller in die-
ser Partei Karriere bis hin zum Wirtschafts-
und Finanzminister machte und ihr auch sei-
ne Linie voll aufdrücken konnte.
Die Anpassung der SPD-Führung an das kapi-
talistische System und den Staat spiegelt sich
im Godesberger Programm wieder. Von da an
war eine reine Regierungsbeteiligung für die
Strategen der Partei das Ein und Alles. Um
diesen guten Willen deutlich zu machen, unter-
stützten die SPD-Vertreter in der Bundesver-
sammlung 1964 die Wiederwahl Heinrich Lüb-
kes (CDU) zum Bundespräsidenten. Die 50er
Jahre brachten für das kapitalistische System
sineu atemberaubenden Aufschwung, für die
CDU/CSU triumphale Wahlsiege (1957 - sogar
die absolute Bundestagsmehrheit), für die SPD
nur spärlichen Zuwachs und für die Arbeiter-
klasse eine Atempause, Zeit zur Regeneration.

Stärkung der Arbeiterklasse

Denn der Aufschwung hatte nicht nur die Aus-
wirkung, daß die Traditionen des Marxismus
in der deutschen Arbeiterbewegung vorüber-
gehend tief schlummerten. Er führte auch zu
aus marxistischer Sicht positiven Konsequen-
zen. Die weiter zunehmende Konzentration des
Kapitals führte zur Stärkung der Großkonzer-
ne gegenüber den Klein- und Mittelbetrieben.
Viele Geschäftsleute aus der Mittelschicht und
Bauern mußten ihre selbstständige Existenz
aufgeben und sich der Masse der Lohnabhän-
gigen anschließen. Die Arbeiterklasse (Arbei-
ter und Angestellte) wurde weiter zahlenmäßig
gestärkt, die Wunden des Faschismus verheil-
ten allmählich, und hauptsächlich die junge
Generation verhalf der Arbeiterklasse dazu,
ihr Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen wieder
zugewinnen. Dies erbrachte der SPD ab Anfang
der 60er Jahre einen starken Zulauf an Mit-
gliedern und Wählern. So kam bei den Land-
tagswahlen von 1961 bis 1963 die SPD auf ins-
gesamt 43,3%, während die CDU nur 42% er-
reichte. Auch die wachsende Unzufriedenheit
mit der Adenauer-Regierung stärkte die SPD.
Das Abbröckeln der Unterstützung für die CDU
konnte zwar mit dem als Sinnbild des "Wirt-
schaftswunders" verherrlichten Ludwig Erhard
noch vorübergehend aufgehalten werden, aber
die SPD wuchs unaufhörlich an. Und je mehr
die CDU/CSU erkannte, daß ihre Glanzzeiten
sich dem Ende näherten, desto ernsthafter war
unter den weiterdenkenden Köpfen in ihrer Füh-
rung von der Möglichkeit einer Großen Koali-
tion die Rede. Herbert Wehner hatte bereits

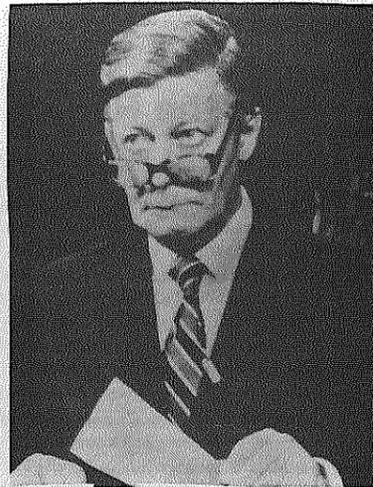


1961 und 1962 vertrauliche Gespräche mit CDU
Vertretern darüber geführt. In einem Aufsatz
in einer CDU-Zeitschrift führte Konrad Ade-
nauer wörtlich aus: "Es ist ferner kaum anzuneh-
men, daß man ohne Mitwirkung der SPD zu
einer vernünftigen Mäßigung der Lohnpolitik
und der Sozialausgaben kommen kann... Diese
Verantwortung könnte so schwer sein, daß sie
nur zu tragen ist, wenn sie alle oder wenig-
stens die beiden großen Parteien gemeinsam
auf sich nehmen."

Und um dies zu erreichen, so erkannte Adenauer,
ist es notwendig, die SPD in eine Regierung
einzubinden, weil nur sie einen guten Draht zu
den Gewerkschaften hat und somit bei den Ar-
beitern mit Maßhalteparolen ankommt. Diese
Absicht der herrschenden Klasse traf sich gut
mit dem Bestreben der SPD-Führung, "an der
Macht teilzuhaben". So kam es schließlich zur
Großen Koalition, am 1. Dezember 1966.
1966 waren, zum ersten Mal nach einem langen
Aufschwung, die alten Kennzeichen der kapi-
talistischen Krise wieder aufgetaucht:

Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts	1965: 5,2%
	1966: 2,9%
	1967: -0,3%
Auslastung der Industriekapazitäten	1965: 92,8%
	1966: 69,6%
Arbeitslosigkeit	1965: 0,7%
	1966: 2,1% (Höchststand: 750 000)

Die Regierung Erhard war mit ihrem Latein am
Ende. Erhards Maßhalteappelle ernteten bei
den Arbeitern immer mehr Hohn und Spott. Die
CDU/FDP-Regierung verstrickte sich mehr
und mehr in innere Streitigkeiten.



Gewinne der SPD

Die auftauchende Wirtschaftskrise ging einher
mit einem Zerfall der Bundesregierung aus
CDU/CSU und FDP. Die CDU/CSU büßte 1966
viele Wähler und Sympathisanten ein, während
die SPD einen großen Zulauf zu verzeichnen
hatte. Dies wird deutlich, wenn man sich einige
Wahlergebnisse vor Augen führt.
In Nordrhein-Westfalen konnte die SPD bei der
Landtagswahl in Juni 1966 49,5% verbuchen
und ließ die CDU mit 42,8% klar zurück. Bei
der Landtagswahl 1962 hatte das Ergebnis noch
betragen: SPD: 43,3% und CDU: 46,6%.
In Hessen konnte die SPD bei der Landtags-
wahl im November 1966 51% verbuchen gegen-
über 45,7% bei der Bundestagswahl 1965. Der
CDU-Anteil sank von 37,8 Prozent bei der
Bundestagswahl auf 26,4% bei der Landtags-
wahl 1966.
Dies sind alles klare Anzeichen dafür, daß die
SPD mehr und mehr Zulauf bekam und die
CDU im Sumpf des politischen Bankrotts steck-
te. Eine hervorragende Gelegenheit für eine
kämpferische SPD-Führung, um dies politisch
auszuschlachten und die Notwendigkeit sozia-
listischer Politik klarzumachen. Da die Koali-
tion aus CDU/CSU und FDP ohnehin auseinan-
derbrach und die CDU/CSU nach Mitteln und
Vorwänden suchte, um ihre ehemalige Wahl-
lokomotive Ludwig Erhard aufs Abstellgleis zu
schieben, hätte die SPD-Führung durch Mobili-

sieren der Betriebsbeine Auflösung des Bundes-
tages und Neuwahlen erzwingen und für eine
eigene absolute Mehrheit kämpfen können.
Stattdessen war für die führenden Köpfe der
Partei die Regierungsbeteiligung fast um je-
den Preis oberste Devise. Und weil die Regie-
rung Erhard am Ende war und die CDU/CSU
jemand suchte, der sie aus dem Dreck ziehen
konnte, war man sich schnell über die Bildung
der Großen Koalition einig.

Große Koalition

Am 1. Dezember 1966 wurde das ehemalige
NSDAP-Mitglied Kurt-Georg Kiesinger zum
Kanzler der Großen Koalition gewählt, sein
Stellvertreter wurde Willy Brandt. Ein halbes
Jahr zuvor noch hatte auf dem Dortmunder
Parteitag kein einziger Parteiführer auch nur
Andeutungen gemacht. Jetzt war die Partei-
mitgliedschaft vor vollendete Tatsache ge-
stellt. Viele Mitglieder waren empört. Wie
konnte ausgerechnet die eigene Parteiführung
ein ehemaliges NSDAP-Mitglied als Bundes-
kanzler und einen Franz Josef Strauß als Fi-
nanzminister unterstützen?
Wie konnte ausgerechnet die SPD die CDU vor
der politischen Bankrotterklärung retten?
Die Leitung der Partei und Fraktion hatte alle
Hände voll zu tun, um ihr Tun vor der enttäus-
chten Basis zu rechtfertigen. Aber Argumen-
te wie das von Willy Brandt, man müsse mit an-
packen, um die "Krise der Wirtschaft und des
Staates abzuwenden", zogen bei vielen Mitglie-
dern nicht. Die innerparteiliche Gegnerschaft
gegen die Große Koalition war sogar noch auf
dem Nürnberger Parteitag 1968 stark vertre-
ten, als der Parteivorstand von den Delegier-
ten eine ausdrückliche Billigung des Regier-
ungseintritts forderte und dafür nur 173 Stim-
men bei gleichzeitig 129 Gegenstimmen erhielt.
Aber die große Koalition war nicht nur ein
Schlag ins Gesicht vieler Parteimitglieder.
Betrogen sahen sich auch viele von denen, die
in die SPD die Hoffnung auf eine echte und klare
Alternative zur abgewirtschafteten CDU/CSU
sahen. Wozu sollten sie noch SPD wählen, wenn
mit deren Stimme ohnehin Kiesinger die Rich-
tlinien der Politik bestimmt? Und dementspre-
chend läßt sich in den Monaten nach der Bildung
der Großen Koalition ein Rückgang an Stimmen
feststellen, der teilweise ebenso krass war
wie die großen Gewinne des Jahres 1966.
Bei insgesamt sechs Landtagswahlen verlor die
SPD zusammen eine halbe Million Stimmen. In
Bremen ging ihr Stimmenanteil von 48,5% bei
der Bundestagswahl 1965 auf 46% bei der Bür-
gerschaftswahl 1967 zurück. In Baden -Würt-
temberg sank der SPD-Anteil zwischen 1964
und 1968 ständig: Landtagswahl '64 - 37,3%,
Bundestagswahl 1965 - 33%, Landtagswahl '68 -
29%. Die NDP stieg im gleichen Zeitraum in
Baden-Württemberg sprunghaft an: 1965 2,2%
1968 - 9,8%.

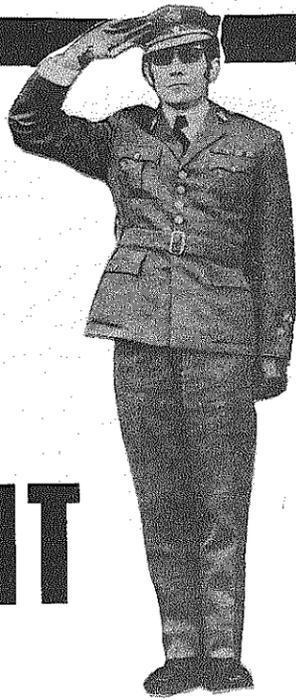
Ruhe im Betrieb

Es ist klar, daß Kapital und CDU/CSU den SPD-
Vertretern in der Regierung für ihre Posten
auch politische Zugeständnisse abverlangten.
Ludwig Erhard hatte schon als Bundeskanzler
"Maßhalteappelle" an das Volk ausgegeben, die
aber nicht fruchteten. Es ging für das Kapital
aber nach wie vor darum, die Löhne gegenüber
den Profiten eindeutig zu bremsen. Der einzige
der diese Politik durchsetzen konnte, war die
SPD, verfügte sie doch über gute Kontakte zu
den Gewerkschaften und Gewerkschaftsführer
wie Georg Leber und Walter Arend in ihrer
Bundestagsfraktion. Sie sollten, so die Kalku-
lation der Bosse, den Arbeitern das verkaufen,
was Erhard ohne Erfolg feilgeboten hatte.
1967 machte sich Karl Schiller als Wirtschafts-
minister zielstrebig daran, die Konzentrierte
Aktion einzurichten. Sie war eine Gesprächs-
runde aus dem Wirtschaftsminister, den Vertre-
tern von sechs Verbänden des Kapitals, dem
DGB und der IG Metall und traf sich von nun an
in regelmäßigen Abständen, um "Orientierungs-
daten" und Lohnleitlinien zu verabschieden.
Das Motto: Sanierung der Unternehmerrgewin-
ne zu Lasten der Löhne und Gehälter.
Und diese Politik hatte sehr bald Erfolg. - je-
denfalls für die Taschen der Unternehmer. Die
Frankfurter Allgemeine lobte in einem Kom-
mentar am 7. 5. 1968 das Jahr 1967 als das
"Jahr des Aufräumens":
"Die vielbeklagten Mißstände im Personalwe-
sen, die stete Fluktuation, die übermäßigen
Krankmeldungen, die Bummellei, der Schlendri-
an am Arbeitsplatz, das Bemühen der Fabrik-
leiter, nur jeden Mann zu halten, auch wenn er
im Moment vielleicht garnicht gebraucht wür-
de, all das hört schlagartig auf, wenn Kurzar-
beit oder Arbeitslosigkeit plötzlich zur drohen-
den Realität wird. Kein Zweifel, das Jahr der
Rezession war ein Jahr des großen Aufräu-
mens in den Betrieben, und kein verantwort-
licher Unternehmensführer ist betrübt darüber
daß die Atempause eine solche Reinigungskur
nötig gehabt hat."

Wird Fortgesetzt...



PORTUGAL DIE STUNDE DER WAHRHEIT



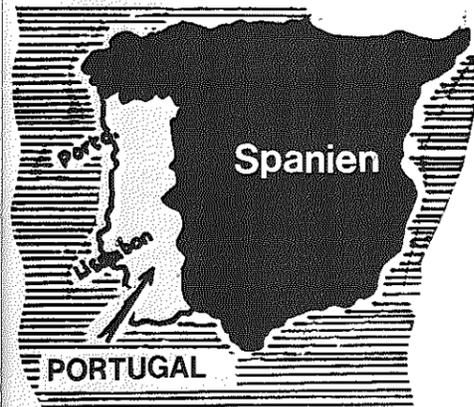
Die jüngste Regierungskrise und dem Versuch von Staatspräsident Eanes in Bonn Portugal wieder für Schlagzeilen zu bringen. Dies ist kein Wunder, denn die Ereignisse in Portugal bringen das internationale Kapital in arge Bedrängnis.

In einem Protokoll des US-Senats heißt es: Die Regierung kann gestürzt werden und die Möglichkeit zur Rückkehr zum chaotischen revolutionären Klima, das 1974 und 1975 in Portugal herrschte, scheint dann nicht mehr ausgeschlossen, so wenig wie eine radikale Machtübernahme und die Schwächung der Westeuropas und der Atlantischen Allianz nicht auszuschließen ist."

Die Angst vor einer neuen revolutionären Welle mit einem Übergreifen auf andere europäische Länder, hat dazu geführt, daß ausländische Regierungen - darunter auch die SPD/FDP-Koalition - dem portugiesischen Staat riesige Kredite und Militärhilfen gewähren.

Das "Militärhilfeprogramm" der USA an Portugal betrug 1977 34,5 Mio. Dollar. Der internationale Währungsfond hat Portugal einen neuen 1,8-Milliarden-Mark-Kredit in Aussicht gestellt. Damit werden aber harte Bedingungen zur "Sanierung" der portugiesischen Wirtschaft verbunden: Alle in den letzten Monaten verabschiedeten Gesetze, insbesondere die zur Reprivatisierung landwirtschaftlicher Güter und Industriebetriebe sollen beschleunigt durchgeführt werden.

Die enteigneten Großgrundbesitzer und Unternehmer sollen wie gesetzlich vorgesehen entschädigt werden. Die staatlichen Aufwendungen für Sozialleistungen und Infrastrukturmaßnahmen sollen im Haushaltsplan drastisch gekürzt werden. Die Importe aus dem Ausland sollen beschränkt werden. Es soll mehr Geld für Rüstung ausgegeben werden. Der Staat soll durch eine konzertierte Aktion Lohnleitlinien vorschreiben. Die Arbeiterklasse soll mehr Steuern zahlen. Im öffentlichen Dienst sollen Tausende entlassen werden. Eine ganze Reihe weiterer unverschämter Vorschriften kommt hinzu.



REGIERUNG SOARES

Der Weltwährungsfond ist unzufrieden mit der Regierung Soares, da sie ihr Versprechen das Zahlungsbilanzdefizit auf zwei Milliarden Mark herunterzudrücken, nicht einlöste. Es betrug 1977 3 Milliarden Mark.

Bei dem jüngsten Mißtrauensvotum gegen die Regierung haben die rechten Parteien deshalb klar gemacht, daß ihnen der Kurs der Regierung zur Wiederherstellung stabiler kapitalistischer Zustände nicht mehr hart genug ist.

Bisher war Soares den Unternehmern, Großgrundbesitzern und rechten Militärs gut genug. Nach dem gescheiterten konterrevolutionären Putschversuch von General Spínola im März 1975, war auch den Dummsten unter der alten herrschenden Klasse klar, daß die Eindämmung der revolutionären Energie der Arbeiterklasse nur unter der Fahne des Sozialismus geschehen konnte. In diesem Sinne

haben Soares und seine Kumpane in der Führungsspitze der Sozialistischen Partei Beachtliches geleistet. Vor 1 1/2 Jahren kamen sie mit einem Programm an die Regierung, das versprach, die Errungenschaften der Revolution abzusichern. Die neue Verfassung verpflichtete die Regierung auf die Schaffung einer "Klassenlosen Gesellschaft". Die Arbeiter in den Fabriken und auf dem Land vertrauten den Worten ihrer Führer und hofften auf eine endgültige Verbesserung ihrer Lebensbedingungen durch die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft.

BILANZ

Enttäuscht muß die portugiesische Arbeiterklasse heute folgende Bilanz ziehen: Die Inflation beträgt 30%, während 1977 den Arbeitern nur Lohnerhöhungen von 15% zugestanden wurden. 15% der Lohnabhängigen sind arbeitslos. (offizielle Angabe)

Hunderte von kleinen und mittleren Betrieben wurden der Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter entzogen und an die früheren Eigentümer zurückgegeben. In verstaatlichten Betrieben wurden alte Manager wieder eingesetzt und die Kontrolle der Arbeiterkommissionen Schritt für Schritt zurückgedrängt.

Die Leitung der staatlichen "Banco de Portugal" wurde Leuten übergeben, die politisch der rechtsgerichteten Partei PSD zugerechnet werden.

Einige von Landarbeitern besetzten und selbst bewirtschafteten Güter wurden den alten Großgrundbesitzern zurückgegeben. Nach einem neuen Gesetz sollen 600.000 ha der insgesamt 1 Mio. ha besetzten landwirtschaftlichen Nutzfläche reprivatisiert werden.

Die Normalarbeitszeit wurde auf 40 bis 45 Std. erhöht.

Den privaten und staatlichen Unternehmen wurde das Recht auf Entlassungen zurückgegeben, von dem auch schon reichlich Gebrauch gemacht wurde. Kurzarbeit wurde wieder zugelassen. Die Anmeldungen von Konkursen mit der Folge von Entlassungen der Belegschaft (leider nicht der Unternehmer) wurde genehmigt. Die Subventionierung des öffentlichen Verkehrs und Transports wurde stark gekürzt und dafür die Fahrpreise erhöht.

Wo Arbeiter Widerstand leisteten gegen den Abbau ihrer hart erkämpften Errungenschaften setzte der Staat Polizei gegen sie ein. Die Spitzen des Militärs wurden gesäubert von arbeiterfreundlichen Generälen und Offizieren. So wurde das Militär zur Konterrevolutionären Bedrohung für die Arbeiterbewegung.

SOZIALISTISCHE PARTEI

Die rechten Führer der sozialistischen Partei haben mit ihren bisherigen Maßnahmen und mit ihren Zugeständnissen an die Unternehmer und Großgrundbesitzer ihre Basis massiv enttäuscht. Im Oktober dieses Jahres veröffentlichten neunzehn Vorstandsmitglieder der sozialistischen Partei eine Erklärung in der es heißt: "Die Mitglieder der SP fühlen sich getäuscht. Zahlreiche von ihnen, darunter die aktivsten und anerkanntesten in ihren Wohnvierteln und am Arbeitsplatz, haben den Eindruck, nicht nur betrogen, sondern von der Führung der Partei schamlos ausgenutzt worden zu sein, als Instrument des Verrates an ihren Kollegen."

Wo diese Enttäuschung durch Angriffe auf die Parteiführung ihren Ausdruck fand, wurden rigorose Parteiausschlüsse in Gang gesetzt. Über tausend Mitglieder der SP wurden im letzten Jahr aus der Partei ausgeschlossen, darunter Parlamentsmitglieder und ehemalige Minister, wie z. B. der frühere Landwirtschaftsminister Cardoso.

All diese Maßnahmen und Gesetze der Soares-Regierung zur Zurückdrängung der Revolution

haben dazu geführt, daß die Unternehmer, Großgrundbesitzer und reaktionären Militärs ihre Rattenlöcher verließen und wieder frech geworden sind. Aktive Gewerkschafter werden von den alten Unternehmern und Managern nach der Reprivatisierung als erstes gefeuert. Die Unternehmer verweigern die gesetzlich vorgeschriebenen Lohnfortzahlungen. Im Februar dieses Jahres bereicherte sich die gesamte Unternehmerschaft durch 13 Milliarden Escudos, indem sie Sozialabgaben von den Löhnen abzog, aber nicht an die Sozialversicherung abführte. Die herrschende Klasse besorgt sich durch hinterlistige Tricks Devisen und deckt sich damit mit Luxusgütern aus dem Ausland ein.

Damit nicht genug, wollen die einheimischen und ausländischen Kapitalisten nun ihre Macht über die Produktionsmittel vollends zurückerobern und die politische Macht an sich reißen. Erst wenn das geschehen ist, wollen sie die Kapitalisten auslasten und mehr investieren, weil sie dann auch höhere Profite erwarten.

In der Frage, wie diese Verhältnisse geschaffen werden können, ist sich die herrschende Klasse völlig uneinig.

Teile der Militärspitze und des Bürgertums fordern ein hartes Durchgreifen mit Polizei- und Militärgewalt. Die Schlawenern aus diesen Kreisen wissen, daß dies zu einer neuen noch gewaltigeren revolutionären Entladung führen würde. Sie wollen deshalb, daß Soares weiter an der Regierung beteiligt wird, um mit seinem Rest an Autorität die Arbeiterbewegung zurück zuhalten.

Damit provozieren Soares und seine Freunde die Spaltung der Partei. Durch die Abspaltung eines linken Flügels erhoffen sie sich offensichtlich den nötigen Freiraum für eine Koalition mit der rechtsgerichteten PSD. Um dafür freie Hand zu bekommen wurde die innerparteiliche Demokratie so gut wie abgeschafft.



"Vor kurzem tagte das Nationalsekretariat der Partei zwei Tage lang an einem Ort, um danach die Parteimitglieder davon zu informieren, daß man dem Generalsekretär nun eine Art "Blankovollmacht" für die Verhandlungen auf Partei- und Regierungsebene erteilt hätte... Wir haben es also mit einer Lage zu tun, wo die Parteispitze sich abgesetzt hat von jeglicher Verantwortung, Diskussion und Information für und innerhalb der Partei. ... Die politische Praxis von Parteiführung und Regierung hat die Leute derart entmutigt, daß eine Art luftleerer Raum entstanden ist". (Cardoso)

KOMMUNISTISCHE PARTEI

Festzustellen ist aber auch, daß es noch keine Kräfte innerhalb oder außerhalb der Partei gibt, die dieses Vakuum in kurzer Zeit ausfüllen könnten. Die ausgetretenen oder ausgeschlossenen Parlamentsmitglieder wie Cardoso haben der Parteibasis noch keine sozialistische Alternative angeboten. Der linke Flügel der SP, der sich unter dem Namen "Arbeiterbrüderschaft" zusammengeschlossen hat, hat kein klares Programm anzubieten. Der traurige Zustand der Sozialistischen Partei hat die Kommunistische Partei zweifellos gestärkt. Nach eigenen Angaben hat sie dieses Jahr 10.000 neue Mitglieder gewonnen. Geheime Umfragen der Regierung sollen ergeben haben, daß die KP bei Wahlen derzeit 20% der Stimmen erhalten würde - auf Kosten hoher Stimmverluste der SP.

Auch bisher war der Einfluß der KP weitaus größer als er bei den Parlamentswahlen 1975 mit einem Stimmenanteil von 15% zum Ausdruck kam. Die Kommunistische Partei (PCP) kontrolliert die Einheitsgewerkschaft CGTP (früher "Intersindical"). Damit hat sie entscheidenden Einfluß auf 80% der Arbeiterklasse. Die PCP verfügt außerdem über zahlreiche einflussreiche Posten in allen gesellschaftlichen Bereichen (Presse, Gemeinderäten, usw.). Seit Beginn der Revolution im April 1974 hat die Führung der PCP genauso kläglich wie die

SP-Spitze versagt. Sie hätte noch nie ein geschlossenes Programm für die siegreiche Vollendung der Revolution, sondern schlug einen verwirrenden Zickzackkurs ein. Land- und Fabrikbesetzungen, sowie Streiks wurden von den KP-Funktionären in der ersten Phase der Revolution nicht unterstützt. Ihn ging es von Anfang an nur um die parlamentarische Macht, um dann im Bündnis mit bürgerlichen Parteien teilzunehmen am Aufbau einer bürgerlichen Demokratie.

ARBEITERKONTROLLE

Heute unterstützt die PCP-Führung die Landarbeiter im Süden, die das Land besetzt halten und selbst verwalten, und hat damit auch unter den Arbeitern Sympathien gewonnen. Die PCP unterläßt es aber den Massen aufzuzeigen, daß ein Fortschritt in der landwirtschaftlichen Produktion und der demokratischen Verwaltung der Kooperativen nur dann erreicht werden kann, wenn auch die Industrie unter voller Arbeiterkontrolle und -verwaltung gestellt wird und eine Koordination von Arbeiter- und Bauernräten auf örtlicher und nationaler Ebene zustandekommt.

Die Führung der Kommunistischen Partei warf der Soares-Regierung zwar vor, sie betreibe die "Legislative Konterrevolution, machten aber keinen Finger krumm, um die Gewerkschaften gegen die Maßnahmen der Regierung zu mobilisieren. Mit ihrem halbherzigen Protest wollen die Funktionäre auch nur unzufriedene Arbeiter an sich ziehen, um der Führung der Sozialistischen Partei und den bürgerlichen Parteien ihre Stärke zu zeigen und in die Regierung aufgenommen zu werden.

Wenn die Führung der PCP jetzt eine "Regierung des nationalen Wohls" fordert, verbirgt sich dahinter nichts anderes als die alte Volksfrontstrategie: Koalition zwischen bürgerlichen Parteien und Arbeiterparteien. Als ob damit jemals in der Geschichte etwas anderes erreicht worden wäre als vernichtende Niederlagen für die Arbeiterklasse!

DIE WICHTIGSTEN FORDERUNGEN

Nachdem die Spitzen der beiden Massenparteien der portugiesischen Arbeiterklasse versagt haben, stellt sich für ernsthafte Sozialisten und Kommunisten die dringende Aufgabe der Einheit der Arbeiterklasse auf der Grundlage eines sozialistischen Programms herzustellen.

Die wichtigsten Forderungen müßten heißen:

- Sofortiger Stop der Reprivatisierungen von Fabriken und besetztem Land.
- Keine Entschädigungszahlungen an die enteigneten Unternehmer und Großgrundbesitzer
- Entlassung aller wiedereingesetzten kapitalistischen Manager aus den verstaatlichten Betrieben. Stattdessen Kontrolle und Verwaltung durch die Arbeiterkommissionen
- Verstaatlichung aller noch privaten ausländischen Konzerne
- Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust
- Einstellung aller arbeitslosen Arbeiter und Angestellten
- Für einen garantierten Mindestlohn, der einen angemessenen Lebensstandard gewährleistet
- Keine stehende Armee. Stattdessen Bildung von Arbeitermilizen zum Schutz gegen die Konterrevolution
- Zinslose Kredite an die Kleinbauern.
- Garantierte Abnahme und Festpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse
- Für eine auf Räte gestützte Arbeiterregierung
- Keine Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien
- Ablehnung aller vom kapitalistischen Ausland gestellten Bedingungen
- Außenhandelsmonopol des Staates

Durch die Mobilisierung für ein solches Programm kann der entstandene Leer Raum gefüllt werden, die Kampfkraft der portugiesischen Arbeiterklasse neu entfacht werden und durch den Aufbau einer Arbeiterdemokratie dem nationalen und internationalen Kapital der Anfang vom Ende ihrer Herrschaft demonstriert werden.

Die Lage in Portugal ist äußerst gespannt. Die wirtschaftliche Situation läßt über kurz oder lang keinen Raum für einen bequemen "dritten Weg" zwischen ungezügelter Herrschaft des Kapitals und der Herrschaft der Arbeiterklasse unter einer sozialistischen Demokratie. Welchen Weg die portugiesische Gesellschaft auch in den nächsten Monaten einschlagen mag, eines ist sicher: die anschwellende mächtige Arbeiterbewegung im benachbarten Spanien wird die portugiesische Entwicklung beeinflussen. Die Revolution in beiden Ländern der iberischen Halbinsel wird immer mehr miteinander verknüpft werden.

URSULA BECK

KAPP-PUTSCH

TEIL 2

Damals waren die Kommunisten zu schwach. Liebknecht und Luxemburg waren beseitigt, da war die Führung auch schon nicht mehr so wie sie sein sollte. Durch die Uneinigkeit ging es dann immer weiter bergab. Man hätte sich vorher auf eine solche Situation vorbereiten sollen.

Die Bevölkerung und wir alle waren begeistert bei der Sache, wir sind alle mitgegangen. Die Soldaten, die von der Front zu rückkamen die hatten ja noch von allem genug. Wenn von denen ein paar richtige Redner die Führung übernommen hätten, und auch gut organisiert gewesen wären, dann wäre das schon damals in Ordnung gegangen. Was glaubt ihr, was das damals von 1918 an in all den Jahren schon gegeben hätte, wir hätten schon damals den Sozialismus haben können. Und die Industrie hatte auch im ersten Weltkrieg keinen ernsthaften Schaden erlitten, die stand ja da, man konnte ja weiterarbeiten, und wer die Industrie in der Hand hat, der kann auch viel leichter den Sozialismus aufbauen. Viel leichter als zum Beispiel die Russen, die waren ja damals noch ein Agrarland. Bis die die Industrie aufgebaut hatten, hat das Jahre gekostet. Hier hätte der Sozialismus verwirklicht werden können, eher zumindest wie dort. Was die mit ihrer Industrie in 60 Jahren aufgebaut haben, das hätten wir mit unserer damaligen Industrie in 15-20 Jahren aufbauen können, wenn damals die richtige Führung dagewesen wäre.

Noch radikaler

Dann haben die Kommunisten angefangen zu wirken. Auch die USPD war ziemlich wichtig. Viele gingen zur KPD über, aber die Führung war nichts. Auch von den Linken in der SPD gingen die noch "radikaleren" in die Kommunistische Partei. Dadurch hatte die KPD ziemlich viele Mitglieder. 1932 bei den Wahlen erreichte die Kommunistische Partei 6 Mio. Stimmen für die KPD. Man muß sich mal vorstellen: Bei 8 Mio. Stimmen für die SPD und 6 Mio. Stimmen für die KPD waren das also 14 Mio. Wähler die links eingestellt waren. Wenn die zusammengehalten hätten, eine Einheitsfront gegründet hätten - sicher hätten alle ein paar Zugeständnisse machen müssen - dann wäre NIEMALS der Nationalsozialismus an die Macht gekommen. Überleg mal! 14 Mio. Stimmen, das war damals genug, die Faschisten für immer zum Teufel zu jagen. Die Arbeiter wollten auch die Einheitsfront, die wollten auch gemeinsam kämpfen. Das hat sich auch auf andere Gebiete ausgeweitet. Von Verstaatlichung war damals noch keine Rede. Zwar sollten die Gewerkschaften mit den Arbeiter- und Soldatenräten und überhaupt mit der Führung die Macht haben.



FORTSETZUNG von
VORAN Nr. 25

JUSOS IN NRW

WIE GEHT ES WEITER ?

Wenig Neues brachte die Delegiertenkonferenz des Bezirks Niederrhein am 4. 12. 77 in Düsseldorf.

Der Grundsatzantrag vom Vorstand, der in abgeänderter Form schon dreimal vorlag, entfachte eine lange Debatte. Dieser Antrag, der ein neues Arbeitsprogramm für die Jusos darstellen sollte, zeigte mal wieder deutlich die Einstellung der Jungsozialisten zu ihren erwählten Zielgruppen. Mit einem solchen Programm wird man wohl nie die so oft geforderte Umorientierung auf Jungarbeiter erreichen. Einerseits heißt es da, "...Forderungen orientieren sich auch nicht an dem, was das kapitalistische System in der Lage ist zuzugestehen, sondern allein an den Bedürfnissen der abhängig Beschäftigten.", andererseits wurde auch bei den Antragstellern sehr deutlich, daß "Chefideologen und Funktionärsarsche ihre Arbeit nur selten an den Bedürfnissen der Basis orientieren" (Antragszitat).

Es wurde den neueren Mitgliedern doch in der Tat unterstellt, daß ihnen der theoretische Hintergrund fehle weil sie die Zeit der Studentenunruhen nicht aktiv miterlebt hätten. Dabei ist es gerade die praktische Erfahrung während der Lehrzeit, mit der Arbeitslosigkeit oder aus dem Betrieb, die den Hintergrund für die Juso-Arbeit gibt.

An der Diskussion nahmen nur ca. 25 von 90 Delegierten teil. Das lag zum großen Teil auch an der akademischen Sprache des Antrags, die viele neue Delegierte abgeschreckt hätte. Viele, die wie ich zum ersten mal zu einer Bezirkskonferenz gefahren waren, hatten ein echtes Kampfprogramm für junge Arbeiter, Lehrlinge und Schüler erwartet.

Ein solches Programm müßte entsprechende Forderungen wie,

- verlängerte und verbesserte Schulausbildung
- einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden Schulabgänger
- und einen garantierten Arbeitsplatz für Jungarbeiter, die die Lehre beendet haben beinhalten.

Der Antrag aus dem Unterbezirk Remscheid zur Tarifrunde, bei dem ich der Mitantragsteller war, zeigte eine konkrete Alternative zu dem "reformistischen" Vorstandsantrag auf. Er wurde dann auch angenommen, allerdings wurde der wichtigste Abschnitt, nämlich der mit den Forderungen nach einem Mindestlohn bei 35-Stunden-Woche mit der Begründung abgelehnt, dies sei ein Eingriff in die Tarifautonomie der Gewerkschaften.

Eine Woche später, auf der Landeskonferenz von Nordrhein-Westfalen am 10. und 11. 12. 77 in Gelsenkirchen, zu der ich auch als Delegierter gewählt worden war, stellten wir aus Remscheid den Tarifrunde-Antrag in nur formal leicht umgeänderter Form noch einmal. Auch eine Resolution aus Remscheid zur Unterstützung der von Massenentlassung bedrohten Stahlarbeiter an der Saar wurde eingebracht. Bis dahin war es schon ein schwieriger, bürokratischer Weg, denn man mußte 20 Unterschriften aus drei von vier anwesenden Bezirken vorweisen können. Dabei hatten wir größte Schwierigkeiten mit den Jusos aus Ostwestfalen-Lippe, die sich sehr merkwürdig benahmten und auch nicht unterschrieben, nachdem deren Chefideologe Ablehnung empfahl. Dieser kritisierte in der späteren Diskussion über die Resolution, daß dort konkrete Forderungen wie

- Veranstaltungen mit den betroffenen Kollegen
- Flugblattaktionen und Pressemitteilungen
- materielle Unterstützung jeder Art gestellt wurden. Dies sei eine "Bevormundung der Saar-Jusos". Die Resolution und der Tarifrunde-Antrag wurden beide mit breiter Mehrheit angenommen. Aber was kommt danach? Der Landesvorstand ist aufgefordert, jetzt aktiv zu werden. Solidarität erschöpft sich nicht in schriftlichen Anträgen sondern muß in praktische Arbeit übergehen. Aber auch in den Unterbezirken muß man jetzt aktiv werden, denn der alte Landesvorstand, der sich aber bei den auch stattgefundenen Neuwahlen nur wenig veränderte, hatte wenig getan, außer ein paar sehr teuren Klausurtagungen z. B. in Wien und Israel.

OLAF MEINDL

Die Fabrikherren konnten ja ruhig man arbeiten, aber sie konnten über nichts bestimmen. Von Enteignung hab ich da noch nichts gehört. Die Eisenbahn war ja schon verstaatlicht; aber Post und so verschiedenes, wollten sie verstaatlichen, darunter vor allen Dingen auch die Banken, die waren ja noch Privateigentum.

Ab Sommer 1923 ging es rasch bergab. Vorher gab es eine relativ ruhige Zeit. 1923 war ein großer Streik, da streikte ich z. B. zehn Wochen. Die Schleifer haben damals mal so lange gestreikt, die anderen nicht so lange. Ich bin dann von den Kollegen in die Lohnkommission gewählt worden, und habe an den Lohnverhandlungen teilgenommen. Also da habe ich dann gesehen, daß die SPD nicht ehrlich war. Wir hatten Forderungen von 15% und hatten uns vorgenommen, nicht unter 12% zu gehen. Die boten 5% an. Und es dauerte nicht lange, da hatten sie sich auf einmal auf 7,5% geeinigt. Ich fragte: "Was ist das dann hier wie geeinigt?" "Ja, du bist noch zu jung dazu, das verstehst du noch nicht!", kriegte ich

zur Antwort. Ich sage, "Wir haben doch ausgemacht 12% und wenn nicht wird hier weitergestreikt."

Nach '28 ging es bergab, da fingen die Nazis an sich breitzumachen. Ich bin 1926 in die KPD eingetreten und erlebte bald jeden Tag etwas neues: Streiks, Prügeleien zwischen Nazis und Kommunisten oder Sozialdemokraten, und Versammlungen. Bei der SPD hatte ich schon immer das Gefühl, die machen weniger als sie versprechen.

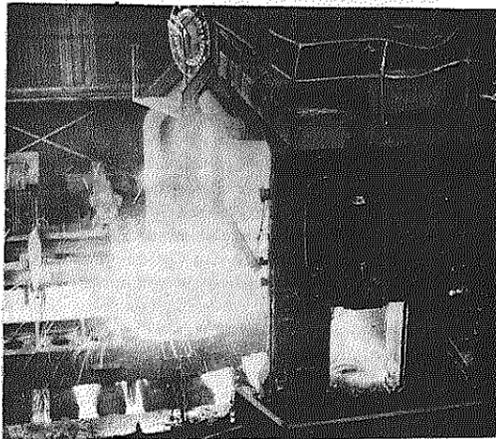
Ich war hier in der Partei noch nicht so bekannt und nach '33, als der Hitler schon an der Macht war, haben wir hier noch allerhand Arbeit geleistet. Vor den Wahlen haben wir nachts immer noch die Losung "Nieder mit Hitler" auf die Straße gemalt und Plakate geklebt. Die Nazis dachten, wir seien noch stark, denn jede Nacht waren die überschmiereten Parolen neu da. Die kriegten dann von oben einen abgerissen, weil in Remscheid immer noch Widerstand war. Remscheid war damals die "rote Stadt am Berge". Das war sogar in Berlin bekannt. ■

Mach auch DU solche Interviews und schicke sie zur Redaktion

ARBEITSUNFÄLLE

Iris Circel
JUSO-KÖLN

2.056.000 Erwerbstätige erlitten Arbeitsunfälle oder mußten wegen berufsbedingter Krankheiten ärztlich behandelt werden. Fast 4.700 Arbeiter verunglückten tödlich oder starben an den Berufskrankheiten.



längst ist bekannt, daß viele Arbeiter und Angestellte nicht krankfeiern oder einen Kuraufenthalt nicht in Anspruch nehmen, den sie dringend nötig hätten. Besonders hohe Unfallziffern erreichen die Gastarbeiter. Schon 1973 wurde von der Bundesregierung ermittelt, daß von 1.000 deutschen Arbeiter und Angestellten 87 einen Berufsunfall erleiden, während es bei den ausländischen Kollegen 219 waren. An der Spitze lagen türkische Arbeiter mit 276 Arbeitsunfällen. Dies liegt sicher nicht zuletzt daran, daß gerade die "Gastarbeiter" dreckige und gefährlichere Arbeiten ausführen müssen. Nach dem 1974 in Kraft getretenem Sicherheitsgesetz sind in bundesdeutschen Betrieben 80.000 Sicherheitsfachkräfte einzusetzen

tatsächlich sind aber nur rund 40.000 vorhanden, von denen der weitaus größte Teil noch nicht einmal vollseitig mit Sicherheitsaufgaben beschäftigt wird. Hinzu kommt, daß diese Sicherheitskräfte keinerlei Eigenständigkeit zur Abänderung von Mißständen haben, sondern die Betriebsleitung nur "beraten" können. Das gleiche gilt auch für die Betriebsärzte, von denen nach dem neuen Gesetz 10.000 zur Verfügung stehen müßten, wogegen es heute tatsächlich nur etwa 6.000 sind. Die meisten davon sind lediglich in zweiwöchigen Kurzschulungsgängen mit der Arbeitsmedizin vertraut gemacht worden. Es werden nur 50% der bundesdeutschen Beschäftigten arbeitsmedizinisch betreut und Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten arbeitsmedizinisch überhaupt nicht erfaßt. 1976 ist die Zahl der gemeldeten Berufskrankheitsfälle gegenüber den vergangenen 5 Jahren um fast 4,6% auf über 40.000 angestiegen. Am weitaus häufigsten treten Lärmschäden auf mit fast 14.000 neuen Fällen, während es im Jahr 1971 "nur" 3.000 waren. Auch auf diesem Gebiet werden also die hart erkämpften Rechte und Reformen wieder rückgängig gemacht. Die Unternehmer kümmern es ja auch reichlich wenig, wenn die Arbeiter durch ihre Arbeit krank oder sogar arbeitsunfähig werden, bzw. an den Folgen der Unfälle im Betrieb oder der berufsbedingten Krankheiten sterben. Einen ausreichenden sicheren Arbeitsplatz, sowie eine ausreichende Kranken- und Altersversorgung werden wir erst sicher haben, wenn eine humane Gesellschaft nicht mehr dem nackten Profitinteresse einiger weniger im Wege steht. Deshalb reicht es nicht aus, wenn wir nur für einzelne Reformen kämpfen, die uns bei der nächsten Gelegenheit doch wieder genommen werden. Das Übel muß ein für allemal mit der Wurzel, d.h. mit dem Kapitalismus herausgerissen werden.

Wir müssen gemeinsam kämpfen

VORAN sprach mit dem Vorsitzenden des türkischen Arbeitervereins in München (MIDER) HIKMET YALCIN.

VORAN: Wieviel türkische Arbeiter gibt es in der Bundesrepublik?

H. Y.: In München sind es etwa 40 000 mit Familienangehörigen. In der gesamten Bundesrepublik gab es vor zwei Jahren noch 860 000 Türken. Wir schätzen, daß es jetzt noch ca. 600 000 sind. In fast allen Ländern Europas, so wie in Libyen und Australien sind noch weitere 600 000 verteilt. Durch die Wirtschaftskrise sind viele entlassen worden und mußten wieder nach Hause gehen. Es gibt auch solche, die etwas gespart haben, und freiwillig wieder nach Hause gegangen sind. Es sind jetzt aber weniger hier, weil keine mehr nachkommen durften wie früher. Vor drei Jahren standen in der Türkei noch 1 200 000 auf den Wartelisten des Arbeitsamtes, die alle auf eine Arbeitsstelle im Ausland hofften.

VORAN: Wieviele sind bei MIDER organisiert?

H. Y.: Wir haben in München 50 aktive Mitglieder. 50 andere arbeiten ebenfalls aktiv mit. Im Februar 1977 haben wir mit 62 anderen türkischen Arbeitervereinen aus verschiedenen Städten der Bundesrepublik eine Föderation gegründet, sie heißt FIDEF. Oft arbeiten wir

Vor drei Wochen wurden hier 79 türkische Lehrer, die schon jahrelang in der Fabrik arbeiten, mündlich und schriftlich auf ihre Kenntnisse der deutschen Sprache geprüft. Nur ungefähr 7 sind angenommen worden, um türkische Kinder in der BRD zu unterrichten. Vor kurzem sind jedoch von der türkischen Regierung 50 Lehrer hergeschickt worden. Sie müssen nur 15 Tage einen Deutschkurs machen, damit sind sie "deutschfähig".

VORAN: Habt Ihr in München schon Schwierigkeiten mit den "Grauen Wölfen" gehabt?

H. Y.: Unser Verein ist noch nicht angegriffen worden. Die Grauen Wölfe versuchen z. B. im BMW-Wohnheim durch Drohungen Geld für sich zu erpressen. Sie bedrohen Kollegen, die nicht zahlen wollen, mit Messern. Vielleicht erfahren wir nicht alles, weil viele Kollegen Angst haben. In anderen Städten haben sie schon Leute umgebracht oder lebensgefährlich verletzt. Nur der Konsulats-Leiter ist Sozialdemokrat. Einmal sollte unser Chor in einem Gasthaus auftreten. Dies wurde von einem Konsulatsbeamten verhindert. Wir werden auf vielfältige Weise vom Konsulat politisch überwacht und in unserer Arbeit behindert.

VORAN: Seid Ihr gewerkschaftlich organisiert?

H. Y.: Hier in der BRD ist der DGB unsere Gewerkschaft. Dies steht in der Satzung von unserem Arbeiterverein. 40% der türkischen Gastarbeiter sind organisiert. Das ist ein höherer Prozentsatz als bei anderen Nationalitäten, einschließlich der Deutschen.

Wenn wir in der Türkei wären, würden wir DISK-Gewerkschaften unterstützen, nicht Türks. Wir haben z. B. in München 5.000 DM gesammelt, für 40.000 DISK-Metallarbeiter, die seit 30. Mai, also seit fast 6 Monaten, in verschiedenen Großfabriken der Türkei streiken. Sie sind sehr zielbewußt, wenn sie so lange streiken. Sie bekommen von der Gewerkschaft nur 1.000 Lira (ca. 120 DM) Streikgeld im Monat. Der Arbeitslohn ist ungefähr 4.000 Lira. Sie kämpfen für soziale Verbesserungen und 40% mehr Lohn. Nach meiner Schätzung gibt es ca. 60% Inflation in der Türkei. Offizielle Zahlen kenne ich nicht. Aber es geht immer schlechter. Mit 5.000 Lira kann man nicht leben. Unsere Föderation hat im Bundesgebiet das Ziel, 250.000 DM für die Streikenden zu sammeln.

Die meisten türkischen Arbeiter hier sind eher links. Fast alle vertrauen bei den Wahlen auf Ecevit. - fast blindlings. Seine Partei ist die einzige demokratische Partei im Parlament. Aber wir dürfen ja nicht wählen von hier aus. Es gibt keine Briefwahl. Fast 40.000 durften nicht wählen.

Vor der Wahl am 5. Juni war Ecevit noch ein echter Antifaschist. Aber er hat in der Zwischenzeit viel Vertrauen wieder verloren, weil er Fehler gegenüber Demokraten gemacht hat.

VORAN: Weshalb kommen so viele türkische Arbeiter hierher, um zu arbeiten?

H. Y.: In der Türkei gibt es keine Arbeit. Nur 4 Millionen haben einen Arbeitsplatz. 3 Millionen sind arbeitslos, 8 Millionen sind teilweise arbeitslos. Hier gibt es mehr Arbeit, man verdient mehr. Ich selbst kam vor 9 Jahren hierher. Ich war in der Türkei Dreher und Schlosser. Weil mein Gewerbeschuldiplom nicht gilt, mußte ich zuerst ein Jahr am Fließband arbeiten bei Krauss Maffei in München.

Momentan ist der Durchschnittslohn in der Türkei ca. 360 DM. Hier habe ich dann sofort 750 DM verdient. Obwohl wir hier oft die schlechtesten Arbeitsplätze haben, ist es deshalb kein Wunder, daß so viele hierherkommen wollen.

VORAN: Was können deutsche Gewerkschafter und Sozialisten für Euch tun?

H. Y.: Wir haben viele Probleme. Die Deutschen haben auch viele Probleme, aber etwas weniger als die Ausländer. Wir müssen gemeinsam kämpfen. Der DGB ist die Gewerkschaft für alle. Er muß gestärkt werden. Noch viel mehr Demokraten und Sozialisten müssen aktiver werden. Ausländische Arbeiter, die hier arbeiten, sind ein Teil der deutschen Arbeiterklasse. Alle unsere Probleme können wir nur zusammen lösen, einzeln nicht! Ich kann nur jeden deutschen Kollegen begrüßen, der etwas für internationale Solidarität tut, egal, welche politische Richtung er vertritt.

KONTONUMMER DER FÖDERATION FÜR DIE STREIKENDEN KOLLEGEN, DIE DISK-METALLARBEITER ---

FIDEF, Postscheckkonto Nr. 176 462 - 437, Postscheckamt Essen.

80 000 DM! UND
JETZT 9% DAZU?

Jetzt ist das Maß voll!

Zum Problem Krankenversicherung und Gehaltslage der Zahnärzte hat uns die Remscheider DGB-Kreisvorsitzende eine Stellungnahme eingesandt. Wir begrüßen dies und freuen uns auch in Zukunft über ähnliche Diskussionsbeiträge. Zur Frage Gesundheitswesen plant die Redaktion für die kommenden Ausgaben weitere Artikel.

Es sind immer die gleichen Töne, die immer wieder von den gleichen Leuten zu jeder Lohnrunde zu hören sind: Die Gewerkschaften sollen mit ihren Lohn- und Gehaltsforderungen für die Arbeitnehmer Zurückhaltung üben. So empfehlen es auch in diesem Jahr wieder die "fünf Weisen" die im Auftrag der Bundesregierung die Wirtschaftsaussichten voraussagen sollen. Sie selbst bekommen für dieses Gutachten 1,6 Millionen DM.

Uns, den Arbeitnehmern, empfehlen sie Maßhalten; Eine Formel die immer dann empfohlen wird, wenn das Latein am Ende ist.

(Anzumerken bleibt, daß von den Voraussagen des Vorjahres 90% falsch waren.) Noch eklatanter wird die Sache, wenn man erfährt, was andere Berufsgruppen fordern, ohne ständig mit "Maßhalteappellen" behelligt zu werden.

Da sind die Zahnärzte, die bestverdienende Berufsgruppe in unserem Land. Ihre Honorare sollen nach ihren Vorstellungen - um 9% erhöht werden. Das sind pro Zahnarzt im Jahresdurchschnitt 30 000 DM. Also eine Einkommenserhöhung die höher ist als das Durchschnittseinkommen eines Arbeiters im Jahr, der davon seine Familie ernähren muß.



Zahntechnik-Labor

Also mehr Einkommenserhöhung als diejenigen überhaupt verdienen, die die Beiträge erbringen müssen, damit der Zahnarzt, die jetzt schon 6-7 mal soviel Nettoeinkommen haben als ein Durchschnittsarbeiter, noch mehr einstecken können. Solidarität war für diese Berufsgruppe schon immer ein Fremdwort, nur ist es an der Zeit, diese Missverhältnisse zwischen denen die die Gelder erbringen müssen, daß sind die Arbeitnehmer, und denen, die sie in unverhältnismäßig großen Größen einstecken, daß sind u. a. die Zahnärzte, einmal aufzuzeigen.

Viele in diesem Land verdienen viel, oft zuviel, aber da hat der Verbraucher die Möglichkeit, Verzicht zu üben, indem er nicht kauft, oder eine Veranstaltung nicht besucht.

Als ob nicht jeder längst wüßte, daß geringeres Einkommen Kaufkraftverlust bedeutet, die wir uns in unserer kränkelnden Wirtschaft nicht leisten können. Bei der ärztlichen Behandlung kann er das nicht. Da sind die Preise einheitlich, da ist er darauf angewiesen zum Zahnarzt zu gehen, der in jedem Fall die gleichen Gebührensätze hat.

So kommt es, daß das Jahresnettoeinkommen der Zahnärzte im Durchschnitt 80 000,- DM (Achtzigtausend netto) beträgt, also 6-7 mal soviel als ein Arbeiter hat, der die Beiträge aufbringen muß, von denen die Zahnärzte honoriert werden. So unsolidarisch, ja unverschämte verhalten sich diese Berufsgruppen, denen der Studienplatz mit einem Kostenaufwand von durchschnittlich 120 000,- DM von der Allgemeinheit bezahlt wurde, (Ausbildungsförderungsbeiträge nicht mitgerechnet) daß sie heute die Solidargemeinschaft der Versicherten wie einen Selbstbedienungsladen betrachten, aus dem man ohne Hemmungen ein eigenes Nettoeinkommen beziehen kann, das 6-7 mal so hoch ist wie das Einkommen was diejenigen haben, die mit ihren Beiträgen Honorar-Sätze erbringen müssen.

Diese Forderungen wurden von den Krankenkassen nicht akzeptiert und zurückgewiesen.

Trotz des oben geschilderten Missverhältnisses zwischen Arzt- und Arbeitnehmer-einkommens gingen die Zahnärzte zum Schiedsamt und bekamen Recht. Würde es bei den 9% bleiben, die jedem Zahnarzt durchschnittlich 30 000,- DM im Jahr zusätzlich beschert, müßten die Beiträge sofort wieder erhöht werden.

Die Ortskrankenkassen werden, zum Schutz der Versicherten und um das Kostendämpfungsgesetz nicht zur Farce werden zu lassen, mit einer Klage gegen diesen Schiedsspruch angehen.

Eine Honorarerhöhung die nicht größer wäre, als die durchschnittlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen der Arbeitnehmer wäre das Äusserste was gewährt werden könnte, obwohl man bei objektiver Betrachtung der Einkommensunterschiede zwischen denjenigen die die Beiträge erbringen müssen und denjenigen die sie einheimen, auch zu dem Schluß kommen könnte, daß ein Einfrieren der Honorarsätze für zwei bis drei Jahre auch noch vertretbar wäre. Auch dann blieben die Ärzte und Zahnärzte die bestverdienende Berufsgruppe in der BRD.

Rosa Kasiske, DGB
Vorsitzende, Kreis Remscheid

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto H. G. Olinger, Postscheckamt Essen, Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75

Kontaktadresse Hamburg:

Joachim Heuck

Alsterdorfer Str. 69 a